



GROSSES KRIEGSGESCHREI
Gespräch mit der Friko zum Konflikt
NATO-Russland
(Seite 2)



WINTER IST IMMER
Energiepreisstopp jetzt!
(Seiten 4-5)



Berliner Anstoß

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP) BERLIN | 1/2022



Fotos: O&O Baukunst / MonArch

Was der Turmbau zu Berlin mit Verdrängung und steigenden Mieten zu tun hat

Wer will schon wohnen?

Von Jakob Renard

Sie finden keine Wohnung in Berlin? Dann werden Sie doch einfach Monarch! Ein Monarch jedenfalls lässt derzeit am Alexanderplatz ein neues Wohnhochhaus errichten, 150 Meter hoch, soll der Bau bei Fertigstellung im kommenden Jahr 377 Wohnungen beherbergen. Der durchschnittliche Kaufpreis der jetzt schon feilgebotenen Liegenschaften: schlappe 15.000 Euro pro Quadratmeter. Monarch, so heißt die russische Unternehmensgruppe, auf deren Geheiß der »Alexander Tower« in die Höhe wächst. Er soll nicht der einzige bleiben. Für zwei weitere Türme am Alex haben die Bauarbeiten ebenfalls bereits begonnen, der Bau eines vierten könnte – könnte – bald erfolgen, und soll nicht der letzte bleiben.

Einmal abgesehen von der Frage, was ein derart aggressiver Eingriff in das nach Maßgaben des sozialistischen Städtebaus gestaltete Architekturensemble am Alexanderplatz ästhetisch über die Zurichtung einer Gesellschaft aussagt, hat der Turmbau zu Berlin auch ganz reale ökonomische Folgen, die sich für den allergrößten Teil der Bewohnerinnen und

Bewohner dieser Stadt als ziemlich unerquicklich herausstellen dürften. Der jetzt in Gang gesetzte Hochhausbau in exklusiver und zentraler Lage zeigt an, dass sich der private Wohnungsbau noch stets und vor allem auf das Luxussegment konzentriert. Wer jetzt aber glaubt, am Alex zögen dann bald in Scharen betuchte Herrschaften ein, der irrt. Von anderen Bauten in anderen Metropolen weiß man, in solchen Wohnungen

brennt selten Licht. Die meisten der internationalen Käufer halten sich dort bestenfalls einige Wochen im Jahr auf. Naiv der, der meint, es ginge hierbei um den Gebrauchswert einer Wohnung und sei sie auch noch so luxuriös: es geht bei weiterhin niedrigen Zinsen und steigenden Bodenpreisen einzig um Wohnung bzw. Haus als Wertanlage – viel attraktiver als eine Anlage in Geldvermögen. Der Leerstand ist gewinnbringender als die Nutzung zum ursprünglichen Zweck, eine leere Wohnung bringt ein Vielfaches dessen, was eine durch einen Mieter mehr und mehr vernutzte erwarten lässt. Eine Baugenehmigung wiederum ist nicht vor allem die amtliche Erlaubnis zum Spatenstich, sondern die an den Märkten handelbare Beglaubigung einer Wertsteigerung des Grundstücks. Niemand, außer das Unternehmen selbst, weiß zum Beispiel genau, ob der US-amerikanische Immobilienkonzern Hines tatsächlich den Bau des erwähnten vierten Hochhauses am Alexanderplatz (direkt neben dem Saturn-Würfel) in Auftrag geben wird oder nur auf die Erteilung des Baurechts wartet, um dann das dadurch erheblich an Wert gestie-

gene Grundstück mit Höchstgewinn weiterzuverkaufen. Nicht erst die leerstehende Immobilie ist also Spekulationsobjekt, sondern bereits ein Grundstück, für das eine Baugenehmigung erteilt worden ist.

Nun ließe sich einwenden, das seien bloß die Probleme von Leuten, die an der Pein eines krankhaft chronischem Überhangs akkumulierten Kapitals laborieren, das um jeden Preis wieder profitversprechend angelegt werden muss, weil diese Leute ja eben nicht so rein und ungehemmt dem Geldfisch frönen können wie weiland Dagoberth Duck beim Talerbad in seinem Geldspeicher. Doch das, hier kommen die oben angedeuteten unerquicklichen Folgen ins Spiel, stimmt leider nicht. Die spekulative Wertsteigerung durch den Bau von Hochhäusern strahlt ab, der Bodenwert steigt auch in der Umgebung erheblich. Wenn im Zentrum Cluster von Wohntürmen hochgezogen werden, breiten sich die Preissteigerungen in Wellen in Richtung der Wohnlagen in der Peripherie aus. Die Bauprojekte am Alexanderplatz haben mittelbare Auswirkungen auf die Mietenent-

wicklung im Rest der Stadt. Und das Spiel scheint kein Ende zu kennen, der Markt dreht am Rad. Ende des vergangenen Jahres vermeldete das Statistische Bundesamt eine rekordverdächtige Preissteigerung der Wohnimmobilien in Deutschland. In den sieben größten Städten der Republik stiegen die Preise für Eigentumswohnungen und Eigenheime gegenüber dem Vorjahr um mehr als 14 Prozent mit Auswirkungen auch auf den Mietemarkt. In Zeitraum der vergangenen zehn Jahre lag der Anstieg der Mieten bundesweit bei 50 Prozent, in Berlin bei mehr als 60 Prozent.

Und der neue Senat in Berlin? Findet, das habe alles schon seine wohleingerichtete, naturgesetzliche Ordnung. Die Betonköpfe von der SPD, dem politischen Arm der Westberliner Baumafia, verlangen »Vertrauensschutz« für die Investoren des Hochhausbaus am Alex und setzen im Übrigen auf dreierlei: Bauen, bauen und nochmals bauen. Das soll losgelöst vom tatsächlichen Bedarf und in der marktgläubigen, mithin wahnhaften Annahme erfolgen, dass der Neubau die Bestandsmieten fallen lässt, bedeutet aber vor allem, dass sich das Geschäft mit dem Neubau für die Eigentümer lohnen muss. Der Markt also soll sich um die Misere kümmern, wenn der Staat nur ein paar Impulse setzt. Verräterisch ist da die völlig unverbindliche Formulierung im Berliner Koalitionsvertrag, die Hälfte des Wohnungsneubaus sei »möglichst« im »gemeinwohlorientierten und bezahlbaren Segment zu errichten«. Wie gut das funktioniert, zeigt das Beispiel Hamburg: Trotz Rekordzahlen beim Wohnungsbau sind die Mieten in jüngster Zeit so stark gestiegen wie seit 20 Jahren nicht.

Grundlegende Besserung wäre erst dann in Sicht, wenn Eingriffe in die Verfügungshoheit des Eigentums an Grund und Boden erfolgten. Dass der amtierende Senat gar nicht daran denkt, zeigt der Umgang mit dem Volksentscheid zu »Deutsche Wohnen und Co. enteignen«. Mag sein, das eine oder andere Regierungsmitglied glaubt ernsthaft, beider Interessen ließen sich harmonisieren – die Politik des Senats ist mitnichten eine im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, sondern eine im Interesse des Kapitals. Die Türme am Alex werden dafür ein gut sichtbares Mahnmahl sein.

ANZEIGE

SAVE THE DATE!
pressefest.dkp.de



**21. UZ-PRESSEFEST
VOLKSFEST DER DKP**

**DAS FEST DES FRIEDENS
UND DER SOLIDARITÄT**

26. – 28. AUGUST 2022

REVIERPARK WISCHLINGEN, DORTMUND

Kommentar

Energiepreisexplosion
Bibbern oder blechen?



Von **Stefan Natke**,
Vorsitzender der DKP Berlin

Alles wird teurer, monatlich werden neue Höchststände der Inflation verkündet. Wieso, weshalb, warum? Besonders gewiefte Kaffeleser der mystischen Geschehens der Preisentwicklung machen dafür den Bösewicht von der Moskwa verantwortlich. Da soll kein Zweifel aufkommen, Putin trägt die Schuld, wenn hier den Leuten Angst und Bange werden muss, die Heizung aufzudrehen. Die Energiepreise explodieren. Das zwingt Menschen mit geringem Einkommen zur Entscheidung, ob sie lieber heizen oder hungern sollen.

Und tatsächlich, die Teuerung geht im Wesentlichen auf die Entwicklung der Erdgaspreise zurück. Die daraus zu ziehende Schlussfolgerung allerdings beschreibt das genaue Gegenteil der öden Behauptungen unserer antirussischen Auguren in den Redaktionen, die einen Krieg im Osten regelrecht herbeizusehen scheinen: »Wenn die Preise sinken sollen, dann muss dazu mehr Pipelinegas nach Europa kommen. (...) Wir brauchen russisches Gas. Punkt.« Der Mann, der da so vernünftig spricht, ist nicht etwa ein Vertreter der Friedensbewegung und heißt auch nicht Gerhard Schröder. Er heißt Leonard Birnbaum und ist Vorstandsvorsitzender von Eon. Auch dem dürften die Bedürfnisse der Lohnabhängigen dieses Landes am Allerwertesten vorbeigehen. Doch das pragmatisch vorgetragene Konzerninteresse hebt sich immerhin ab vom Geschrei eines FAZ-Herausgebers, der kürzlich beklagte, niemand sei bereit, für Kiew zu frieren.

Bequem und mollig warm soll es in diesem Land aber auch niemand haben. Die Bundesregierung lehnt eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Öl und Gas ab. Bundesbauministerin Klara Geywitz von der SPD befand dazu lapidar: »Der Staat braucht die Einnahmen.« Und hatte eine Weisheit parat: »Wenn man an einer kurzen Decke zieht, dann ist immer irgend jemand anderem kalt.« Fragt sich, wer hier an wessen Decke zieht.

Manchmal lohnt es, an vergangene Zustände zu erinnern. Im sozialistischen Deutschland, der DDR, waren Heiz- und Betriebskosten in einer ohnedies unschlagbar niedrigen Miete schon enthalten. Heute stehen wir vor der Frage, ob die aktuellen Preiserhöhungen einfach so hingenommen werden sollen. Die DKP sagt dazu: »Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt«, und hat eine Kampagne zum Stopp der Energiepreise ins Leben gerufen (siehe Seite 5).

Frieden als oberstes Gebot. Das Kriegsgeschrei gegen Russland wird immer größer, eine sachliche Diskussion immer schwieriger. Ein Gespräch mit Jutta Kausch-Henken von der Friedenskoordination Berlin

Entspannung statt Konfrontation

Foto: Uwe Hixsch via flickr.com



Seit Wochen behaupten hiesige Medien eine bevorstehende Invasion Russlands in die Ukraine. Was sagt die Friedenskoordination Berlin dazu?

Wir sind darüber sehr beunruhigt. Die Meldungen überschlagen sich, die Einschätzungen auch. Was stimmt? Wer lügt? Wer ist glaubwürdig? Die US-Geheimdienste, die den Angriff Russlands in wenigen Tagen vorhersagen? Die Äußerungen des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski, der keine neue Bedrohungslage sieht? Der Kiewer Bürgermeister Klitschko, der Bürger der Hauptstadt mit Holzgewehren in den angrenzenden Wäldern die Verteidigung üben lässt? Russland,

das dementiert einen Angriff zu planen? Ja, die Situation ist gefährlich. Und der einzige Ausweg daraus ist, abzurüsten, verbal und militärisch. Was hat Russland davon, die Ukraine anzugreifen? Russland kann kein Interesse daran haben, das Land in einen Krieg zu verwickeln, da das unweigerlich einen Bürgerkrieg zur Folge hätte, einen Partisanenkrieg womöglich, den es nicht gewinnen könnte. Das Land wäre total zerstört, die Bevölkerung, die sowieso schon zu den Ärmsten gehört, würde zu großen Teilen fliehen. Instabilität wäre die Folge. Ein endgültiges Aus für einen Dialog mit USA, NATO und EU, Sanktionen.

Es ist doch sehr merkwürdig, dass das Kriegsgeschrei in dem Moment so richtig losging, als Russland im

Dezember 2021 einen Vertragsentwurf vorlegte, der Punkte beinhaltet, die zu einer beiderseitigen Sicherheit führen könnten. Russland schlägt darin vor, keine landgestützten atomwaffenfähigen Kurz- und Mittelstreckenraketen außerhalb des eigenen Staatsgebiets zu stationieren sowie in Gebieten, von denen aus diese Waffen Ziele im Staatsgebiet der jeweils anderen Seite angreifen können. Zudem, keine Atomwaffen außerhalb des eigenen Landes zu stationieren, keine NATO-Militärmanöver nahe der russischen Grenze abzuhalten sowie keine russischen Militärmanöver nahe der Grenze zu NATO-Staaten. Und zuletzt, keine Annäherung schwerer Bomber und Kriegsschiffe an die Grenze der jeweils anderen Seite zuzulassen.

Russland verlangt, dass die NATO-Osterweiterung aufhört, also auch die Ukraine nicht in die NATO aufgenommen wird und sich beide Seiten auf eine Sicherheitszone verpflichten.

Das ist doch ein Vorschlag, der eine reale Chance für Entspannung und Dialog bietet. Doch über dieses bahnbrechende Angebot wird in den hiesigen Medien nicht berichtet.

Was sind deren Motive? Warum gibt es kaum Gegenstimmen?

Schwer zu sagen. Da gibt es vielerlei Interessen. Gegenstimmen werden sofort als »Putinverstehert«

diffamiert. Damit sieht sich sogar so eine seriöse und anerkannte Journalistin wie Gabriele Krone-Schmalz konfrontiert.

Wie steht es um deutsche Kapitalinteressen?

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, ein Außenwirtschaftsverband, in dem deutsche Multis wie BASF, Siemens oder Metro den Ton angeben und die in Russland mit Geschäften gut verdient haben und das auf Dauer weiter tun wollen, meldet unmissverständlich, dass er an einer Eskalation des Konflikts und an einem Krieg kein Interesse hat.

Die Eskalation hat das Potential für einen Weltkrieg. Warum scheint die ukrainische Bevölkerung so bereitwillig eine NATO-Aggression zu akzeptieren? Stimmt das überhaupt?

Die Frage kann ich nicht beantworten. Es gibt sehr viele widersprüchliche Informationen aus der Ukraine. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass die Bevölkerung eine Aggression der NATO so prima fände. Der Wunsch nach stabilen, friedlichen Verhältnissen und nach Wohlstand dürfte vordringlich sein. Fatal ist die Annahme, dies durch eine Annäherung an den Westen zu erreichen.

Am 18.2.22 mobilisierte die Frikko zur Kundgebung »Sicherheit für Russland ist Sicherheit für unser Land«. Das Bündnis ruft auch zum diesjährigen Ostermarsch auf. Gibt es dazu schon Details?

Ja, wir werden am Ostresamstag, dem 16. April, um 12.00 Uhr unseren Ostermarsch am Oranienplatz in Kreuzberg starten. Er wird unter dem Motto stehen: »Für Frieden in Europa – Für Frieden mit Russland.« Dialog und Vernunft sind der richtige Weg. So kann Vertrauen wachsen und Sicherheit und Frieden in Europa unteilbar werden. Für Entspannung statt Konfrontation!

Liebe Leserinnen und Leser des Berliner Anstoß,

als im vergangenen November die bisher letzte Ausgabe des Berliner Anstoß erschien, es war wenige Wochen nach der Abstimmung über die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses, hieß es an dieser Stelle: »Die Wahlen liegen hinter uns, eine Verschiebung in Richtung Fortschritt ist daraus nicht hervorgegangen.« Nun gibt es keinerlei Anzeichen, von dieser Einschätzung auch nur einen Jota abzurücken. Der seit Dezember amtierende Senat ignoriert da etwa schlichtweg die Aktivisten der erfolgreichen Initiative Deutsche Wohnen und Co. enteignen, während Presseberichte nahelegen, dass der Draht zwischen Landesregierung und Immo-

liobby glüht. Dies ist gegenwärtig vielleicht nur das am deutlichsten hervorstechende Beispiel, das erkennen lässt, wo und zu wessen Gunsten der amtierende Senat seine Prioritäten setzt.

Die Berechtigung einer Zeitung, in der unveröhnlich kommunistische Kritik an den Zuständen und der Politik im Land Berlin geübt wird, bleiben mithin unverändert bestehen. Wir gehen mit der Ihnen hiermit vorliegenden Ausgabe nunmehr ins dritte Jahr des Erscheinens mit gänzlich veränderter Fassung und erheblich erhöhter Auflagenzahl. Die Zweifel, ob wir diese Erscheinungsweise würden längerfristig aufrechterhalten können, waren groß. Zu aufwendig, ein zu hoher Anspruch an Text und Gestaltung, zu teuer. Und dennoch konnten wir bisher vier Ausgaben pro Jahr absichern, und sehen nicht ein, daran etwas zu ändern. Gleichwohl wäre einmal interessant, was Sie, liebe Leserinnen und Leser, denn so von diesem Blatt

halten. Werden die richtigen Themen gesetzt und angemessen behandelt? Gibt es andere, dringendere Fragen der Berliner Stadtpolitik, die unbedingt aufgegriffen werden sollten? Was ist mit Sound und Design der Zeitung? Schreiben Sie uns doch mal unter anstoss@dkp.berlin oder an DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin.

Denn um Kosten für Druck und Vertrieb dieser Zeitung decken zu können, sind wir vor allem auf Spenden angewiesen. Und die werden nun einmal nicht aus der Immobilienwirtschaft oder anderen Branchen fließen, die kein Interesse an einer Besserung der Lage der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt haben. Es sind vor allem Ihre Spenden, die für ein Forterscheinen des Berliner Anstoß nötig sind. Dafür geloben wir, eine garantiert kompromisslose Zeitung zu machen.

Ihr Kollektiv des Berliner Anstoß

Impressum

Der **Berliner Anstoß** erscheint viermal jährlich und wird herausgegeben vom Landesverband Berlin der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).

Kernredaktion: Toni Püschel (V.i.S.d.P.), Susanne Knütter, Daniel Bratanovic

Adresse von Redaktion, Herausgeber und Verlag: DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, Büro 551/552, 10243 Berlin
CommPress Verlag GmbH;
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Telefon: 030 - 29 78 31 32
Mail: anstoss@dkp.berlin

Verbreitete Auflage dieser Ausgabe: 25.000 im Raum Berlin
Druck: Union Druckerei Berlin
Verwaltung GmbH
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 14. Februar 2022. Die nächste Ausgabe erscheint am 16. April 2022

Dieses Projekt wird über Spenden finanziert:
Bitte nutzen Sie das Konto der DKP Berlin (BIC: BELADEBE),
IBAN: DE94 1005 0000 0043 4131 37
Verwendungszweck: Anstoß

»Ich bin auch sauer!«

Auf der Roten Insel in Schöneberg wird ein Kiezzgarten erkämpft

Von Julia Heinz

Ganz Berlin ist den Investoren versprochen. Ganz Berlin? Nein! Einige unbeugsame Berliner hören nicht auf, den Invasoren Widerstand zu leisten. Aber zugegeben: Wer heute noch Spuren widerständiger Kultur in seinem Kiez finden will, wird lange suchen müssen. Unter dem rot-rot-grünen Berliner Senat erleben wir in den letzten Jahren eine beispiellose Welle an Räumungen linker Projekte der Stadt: die Kiezkneipe Syndikat, das Kneipenkollektiv Meuterei, das Wohnprojekt Liebig 34, vor kurzem der Wagenplatz Köpi – sie alle gehören der Vergangenheit an, mussten weichen, weil die Politik dieser Stadt im Zweifel ihre Polizei zum Schutze der Profitinteressen von der Leine lässt, oder werden von dieser Politik hingehalten wie etwa das Jugendzentrum »Drugstore« in Schöneberg, das wohl noch lange auf die alternativen Räume warten muss, die ihm vom Bezirk versprochen wurden, nachdem die bisherigen geräumt werden mussten.

Dort aber, in Schöneberg, regt sich noch etwas. Auf einem kleinen Flecken der Roten Insel sollen bald schon kultivierte Pflanzen blühen und gedeihen, wo lange öde Brache war. Am Eingang des Eckgrundstücks an der Crellestraße 23a grüßt ein Banner: »Willkommen im Kiezzgarten Saures Gürkchen«. Irgendwer hat auf einen Aushang daneben gekritzelt: »Ich bin auch sauer«. Das dürfte wohl als grimmige Zustimmung zu werten sein. Früher soll hier mal ein Imbiss seinen Platz gehabt haben, doch das ist lange her. Jetzt also ein Kiezzgarten nach der Tristesse. Aber wie ist überhaupt die Idee entstanden, hier einen autonomen, gemeinschaftlichen Ort zu stiften? André, Student und einer der Initiatoren sagt: »Meine Freunde und

ich leben in der Nähe, gingen öfter hier vorbei und bemerkten, dass das Grundstück brachlag und ständig vermüllt war. Das sah halt nicht so super aus«.

Inspiziert von anderen linksautonomen Projekten räumten sie auf, besorgten Möbel, bauten Hochbeete, schufen eine Ecke zur Kleiderspende und ein Regal für eine kleine Bibliothek – »(be)setzen das Gelände in Stand« wie er es nennt. Das sei gut angekommen in der Nachbarschaft, die Reaktionen seien durchweg positiv ausgefallen. »Schön, dass aus diesem Fleckchen noch was gemacht wird!«, haben sie oft gehört. Und so sollen hier im Frühjahr wieder Menschen zusammen gärtnern, miteinander ins Gespräch kommen oder auch Workshops besuchen.

Von Anfang an war das Bedürfnis nach einem kollektiv genutzten Ort unter freiem Himmel auf der Roten Insel gepaart mit der politischen Absicht, nichtkommerzielle Freiräume im Bezirk zu schaffen. Dass sie sich dabei nicht auf die Politik des Senats oder des Staates verlassen wollen, ist für André klar – selber machen, lautet die gute alte Devise. Perspektivisch werden sie jedoch auf den Bezirk, dem das Grundstück gehört, angewiesen sein. Das Projekt soll legalisiert, vielleicht sogar in Vereinseigentum überführt werden. »Dann können wir uns viel mehr austoben, ohne Angst zu haben, dass am nächsten Tag wieder alles plattgemacht wird«. Dass das »Saure Gürkchen« der generellen Berliner Stadtentwicklung nicht viel entgegenzusetzen hat, ist ihnen dabei bewusst. »Aber wenn man so etwas öfter macht, dann kann daraus ja eine Art von Community werden, die auch Größeres bewegen kann«. Die sterile Stadt der Investoren-Invasoren, das ist die insgeheimere Botschaft solcher kleinen Projekte wie dieses auf der Roten Insel, aber auch andernorts in Berlin, die wird es nicht geben. Nie.



Fotos: Julia Heinz



ANZEIGEN

„RotFuchs“ - Förderverein e.V.

Wir – Journalisten und Fachleute vieler Bereiche – bringen den „RotFuchs“ als Monatszeitschrift mit 32 Seiten heraus. Sie erscheint seit Februar 1998 in Berlin und ist heute die auflagenstärkste marxistische Monatszeitschrift in deutscher Sprache. Wir sind so altmodisch, dem wissenschaftlichen Sozialismus von Marx, Engels und Lenin in Theorie und Praxis die Treue zu halten. Uns geht es um eine soziale Ordnung, die nur im Ergebnis unablässiger Klassen- und Massenkämpfe erstritten werden kann. Ihre Voraussetzungen sind die politische Macht der durch das Kapital Ausgebeuteten und das gesellschaftliche Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln. Der „RotFuchs“, der für konsequenten Antifaschismus eintritt und Neonazismus in jeder Form bekämpft, ist ein von Sponsoren und Organisationen unabhängiges Blatt für Kommunisten, Sozialisten und andere Linke mit und ohne Parteibuch. Der „RotFuchs“ hat keinen Preis. Einmal jährlich bitten wir um eine Spende.

Unsere Zeitschrift „RotFuchs“ wird in einer neutralen Versandtasche verschickt.

Interessenten melden sich bei:
Tel: 030-98389830 / 030-2412673
mail: vertrieb@rotfuchs.net

FÜR FRIEDEN UND VÖLKERVERSTÄNDIGUNG 2022

16. APRIL 2022 (OSTERSAMSTAG)
OSTERMARSCH
UM 12.00 UHR
ORANIENPLATZ IN KREUZBERG
BERLIN

23. APRIL 2022
AUF ZUM ELBETAG
NACH TORGAU

rotes-berlin.de/shop

Leeren der Revolution
Basis-Spiel | 15 €
Erweiterung
„Dong Fang Hong“ | 5 €

„Good News from Cuba/China“
T-Shirts | 15 €
Hoodie | 25 €

Jetzt wieder XS – XXXXL!

Marcel Kunzmann:
Theorie, System & Praxis des Sozialismus in China
Buch, 126 Seiten | 9,90 €

Xi Jinping Werke
je 24 €

Hammer & Sichel
Geschenkpapier
DIN A2 Bogen | 1 €

Der Fall Vattenfall

Wer oder was ist das – ein Vattenfall? Erreicht einen Berliner Haushalt dieser Tage Post von einem Absender dieses Namens, steht jedenfalls zu befürchten, dass nicht der Vattenfall, sondern der Ernstfall eingetreten ist: Der bisherige Stromanbieter hat gekündigt, weil er seinen Superbilliggeizistgeilspezialtarif nicht mehr gewinnbringend anbieten kann. Der Stromkunde guckt ins Fallrohr bzw. landet Knall auf Fall beim örtlichen Grundversorger, dessen Tarif deutlich teurer ausfällt als das zuvor abgeschlossene vermeintliche Sparfuchsschnäppchen. In Berlin entfällt die Grundversorgung auf Vattenfall. Vattenfall ist schwedisch und heißt Wasserfall. Der Name rührt daher, dass die Mitglieder des schwedischen Reichstags zu Beginn des 20. Jahrhunderts den Einfall hatten, die Energie des Trollhättan-Wasserfalls zur Stromgewinnung zu nutzen. Den Fall übernahm die eigens eingerichtete »Kungliga Vattenfallstyrelsen«, also die königliche Wasserfall-Kommission. Das gilt als Geburtsstunde des späteren Vattenfall-Konzerns. Der Rest fällt in die Zuständigkeit der Historiker.

Interessant wird der Kasus für ein Berliner Publikum erst mit dem Fall der Mauer und also mit dem Überfall des Kapitals auf bisher kommunal oder staatlich kontrollierte Bereiche der Daseinsfürsorge. Vattenfall jedenfalls befiel die Lust auf Expansion. In einem Anfall von Kaufrausch erwarb der schwedische Konzern in der Bundesrepublik ab 1999 Anteile an Energieversorgungsunternehmen wie den Hamburgischen Electricitätswerken, der Vereinigten Energiewerke AG und am Bergbauunternehmen Lausitzer Braunkohle AG. 2001 war dann die bis 1997 mehrheitlich in Landesbesitz befindliche Bewag, die Berliner Städtische Elektrizitätswerke Aktien-Gesellschaft, fällig. Die an die Schweden abgefallenen Unternehmen verschmolzen dann 2003 zur Vattenfall Europe AG, womit der Mutterkonzern nach Eon, RWE und EnBW auf den vierten Platz der größten Stromanbieter in der Bundesrepublik nach oben fiel.

Im vergangenen Jahr fällt das Abgeordnetenhaus den Beschluss, die bisher Vattenfall gehörende Stromnetz Berlin GmbH für gut zwei Milliarden Euro zu übernehmen. Damit fällt die Energieversorgung wieder in die Zuständigkeit der Stadt. Soll aber die lange geforderte Rekommunalisierung nicht zum Reinfall geraten, wird es weiter politischer Wachsamkeit bedürfen. Beifall ist daher nur bedingt angebracht, heißt der Stromerzeuger für Berlin doch nach wie vor Vattenfall, zu einhundert Prozent im Besitz des schwedischen Staates. Da darf dann auffallen, dass Staatseigentum nicht Staatseigentum ist, und das schwedische »Volksheim« von Vattenfall einen reißenden Wasserfall höchster Profite erwartet. (jr)



Winter ist immer

Energieversorgung und
Kapitalismus

Foto: Alexander-777 / pixabay.com



Drei Wochen gratis lesen

Probeabo muss nicht abbestellt
werden, endet automatisch.

jungewelt.de/probeabo
oder 0 30/53 63 55 84

ANZEIGEN

Von Tine Büchner

Viele fragen sich in diesen Tagen, ob sie lieber heizen oder mehr Pullover anziehen sollen, und wie hoch im Sommer wohl die Nachforderungen der Energieversorger ausfallen werden. Denn die Kosten für Heizöl und Gas, aber auch der Strompreis liegen deutlich höher als in den vergangenen Jahren. Der Heizölpreis hat sich beispielsweise seit 2020 mehr als verdoppelt.

Haushalte mit geringen Einkommen (unterhalb von 1.300 Nettoeinkommen monatlich), bei denen der Anteil der Energiekosten im Jahr 2020 schon durchschnittlich mehr als sieben Prozent betrug, sind besonders von den Preiserhöhungen betroffen. Neben ebenso steigenden Mietkosten und einer kaum gebremsten Inflation bleibt da für Mini-Jobber, ALG II-Empfänger und Aufstocker kaum finanzieller Spielraum. Überflüssig zu erwähnen, dass die realen Einkommen vieler Geringverdienender in den vergangenen zwei Jahren Pandemie nicht gestiegen sind. Dabei ist die private Energieversorgung ein Grundbedürfnis. Kein Mensch sollte zu Hause frieren müssen, weil er seine Heizkosten nicht begleichen kann.

Die Gründe für die Explosion der Preise sind vielfältig und teilweise miteinander verknüpft. Nach zwei Jahren Corona-Pandemie gekoppelt mit einer Wirtschaftskrise, fährt die Industrie in vielen Teilen der Welt die Produktion wieder hoch, dadurch steigt die Nachfrage nach Strom und Gas. Im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise heißt das: es steigt auch der Preis. Vor allem dann, wenn das Angebot nicht steigt. Die politisch gewollte Verzögerung bei der Inbetriebnahme der fertiggestellten Gaspipeline Nord Stream 2 seitens der deutschen Behörden führt dazu, dass europäische Gaskonzerne, die auf die höhere Einfuhr von Gas aus Russland spekuliert hatten, jetzt teures Gas einkaufen müssen, um den Bedarf zu decken. Geopolitische Interessen werden also auf dem Rücken der Verbraucher ausgetragen. Durch die gestiegenen Gaspreise erhöht sich zudem der Spotmarktpreis an der Strombörse, da in Zeiten von wenig Wind- oder Solarstrom unter anderem Gaskraftwerke den Strom liefern.

Gleichzeitig spielen klimapolitische Entscheidungen eine Rolle, da Gas weniger CO₂ bei der Verbrennung freisetzt als Kohle. Kommt hinzu, dass der CO₂-Ausstoß besteuert wird, seit Januar 2022 mit 30 Euro pro Tonne. Dies soll Endverbraucher dazu zwingen, sich für eine klimafreundliche Energieversorgung zu entscheiden. Allerdings hat ein Mieter keinen Einfluss darauf, welche Heizungsanlage im Keller des Mietshauses steht. Die Kosten muss er trotzdem tragen, nachdem jahrzehntelang die Energiekonzerne Kohle verheizt, die Umwelt damit

verpestet und sich daran eine goldene Nase verdient haben. Zuletzt kommen neben den Abgaben für CO₂, den die Energieversorger an ihre Kunden weitergeben, auch noch die stetig steigenden Netzentgelte an die Übertragungsnetzbetreiber hinzu.

Satte Gewinne

In den letzten Jahren sind etliche Stromlieferanten aus dem Boden geschossen, die sich gegenseitig mit günstigen Preisen unterboten haben. In diesem Winter haben viele ihre Versorgung eingestellt und Verträge mit Kunden gekündigt. So erhielt Jutta aus Berlin von ihrem Stromversorger Grünwelt pünktlich zum Weihnachtsfest ein Kündigungsschreiben. Damit fiel sie automatisch für drei Monate in die Ersatzversorgung von Vattenfall (Berliner Grundversorger). Dieser Tarif ist 30 Prozent teurer als ihr bisheriger. In diesem Vierteljahr besteht die Möglichkeit, sich um einen anderen Tarif oder einen anderen Anbieter zu bemühen, so sie denn noch einen anderen findet. Denn davon gibt es inzwischen deutlich weniger als im vergangenen Jahr. So wie Jutta ging es deutschlandweit

Eon: »Das Jahr 2020 hat viele Geschäftsmodelle durch die Pandemie und den damit verbundenen Lockdown auf eine harte Probe gestellt. Eon hingegen hat das Geschäftsjahr ohne wesentliche Auswirkungen, weder durch die COVID-19-Pandemie, noch durch den historisch warmen Winter, erfolgreich abschließen können. Eon hat in der größten wirtschaftlichen Krise der letzten Jahrzehnte eindrucksvoll gezeigt, wie stark und widerstandsfähig sie ist. Wir liefern sichere und wachsende Erträge und Dividenden«.

Vattenfall wiederum verbucht für das Geschäftsjahr 2021 ein Umsatzwachstum von 13 Prozent. Das schwedische Unternehmen strich dabei einen Gewinn von 48 Milliarden schwedischen Kronen (rund 4,6 Milliarden Euro ein). Noch im Vorjahr hatte er bei rund 7,7 Milliarden Kronen gelegen. Ein Grund für diese Milliarden Gewinne trotz Coronakrise: Die Entschädigungssumme der Bundesregierung als Ausgleich für den Atomausstieg und der Rückverkauf des Berliner Stromnetzes an die Stadt Berlin.

Nachdem der Volksentscheid über die Rekommunialisierung der Berliner Ener-

Ein Energiepreisstopp ist dringend notwendig, um der Mehrheit der Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein zu sichern

mehr als einer Million Kunden im Strom- und Gasbereich. Vattenfall simuliert Hilfsbereitschaft und hat eigens eine helfende Webseite geschaltet: »Ihr Stromversorger kann nicht mehr liefern?« Vattenfall hilft. www.vattenfall.de/vattenfall-hilft.

Die DKP fordert einen gesetzlich zu erlassenden sofortigen Energiepreisstopp für private Haushalte und kleine Unternehmen sowie Soforthilfen für arme Familien (siehe rechte Spalte). Dabei sieht das von der Bundesregierung vorgesehene Heizkostenzuschussgesetz lediglich eine allernotwendigste Unterstützung für die Bedürftigsten vor. Allein Mieter mit Anspruch auf Wohngeld sollen einmalig 135 Euro bekommen, Zwei-Personen-Haushalte 175 Euro, für jede weitere Person pro Haushalt soll es weitere 35 Euro geben. Für Studierende und Azubis mit Ausbildungsförderungen sind pauschal 115 Euro pro Person vorgesehen. Ob das aber ausreicht, um im Sommer, wenn die Heizkostenabrechnung kommt, das Loch in der Haushaltskasse zu stopfen, bleibt ungewiss. Was hingegen gewiss ist: Der Staat garantiert den Energiekonzernen fortlaufende Gewinne.

Und die sprudeln ausweislich der Geschäftsberichte von Vattenfall oder Eon reichlich. Bei der Vorstellung der Geschäftszahlen für das Jahr 2020 erklärte Johannes Teysen, damals Vorstandsvorsitzender von

gieversorgung im Jahr 2013 noch an der Mindestbeteiligung von 25 Prozent der Wahlberechtigten gescheitert war, gehört das Berliner Stromnetz seit Mitte 2021 wieder dem Land Berlin, das 100 Prozent der Geschäftsanteile an der Stromnetz Berlin GmbH von Vattenfall für mehr als zwei Milliarden Euro erworben hat. Ob die Berlinerinnen und Berliner davon einen Vorteil haben werden, muss sich noch zeigen. Die Potentiale einer öffentlichen statt privatwirtschaftlichen Stromversorgung liegen jedenfalls auf der Hand.

Kraftwerke enteignen

Auf dem Wege einer ungehemmten Marktentwicklung wird es mit Sicherheit keine Senkung der Preise von privaten Anbietern geben, die letztlich nur ein Ziel verfolgen: größtmögliche Profite generieren. Ein Energiepreisstopp ist allerdings dringend notwendig, um der Mehrheit der Bevölkerung eine Versorgung und ein menschenwürdiges Dasein zu sichern.

Die DKP fordert daher ein Ende der Subventionierung von Energiekonzernen (auch mittels Steuersenkung). Deren Gewinne müssen dauerhaft zum Zwecke des Allgemeinwohls eingesetzt werden, ihre Kraftwerke enteignet werden.

Energiepreisstopp jetzt! Kampagne der DKP

Die Energiepreise explodieren. Im August 2021 legten sie im Vergleich zum Vorjahr um 12,6 Prozent zu. Heizöl verteuerte sich im Schnitt um 57 Prozent, Kraftstoffe um 27 Prozent. Weitere Steigerungen sind angekündigt. Gleichzeitig werden auch Lebensmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs teurer. Das macht vor allem Familien mit geringen Löhnen oder solchen, die Sozialleistungen beziehen, zu schaffen.

Für viele von ihnen stellt sich in diesem Winter die Frage, ob sie hungern oder frieren müssen, ob sie einkaufen oder heizen können. Aber auch Normalverdiener bekommen zusehends Probleme und müssen den Gürtel enger schnallen. Reiche hingegen haben wenig Probleme mit den Preissteigerungen und die Energiekonzerne verdienen sich eine goldene Nase.

Energieversorgung und Mobilität sind Grundrechte. Sie müssen für alle bezahlbar sein und gehören in öffentliche Hand und unter demokratische Kontrolle. Als Sofortmaßnahme fordert die DKP einen gesetzlichen Preisstopp für jede Form von Energie für private Haushalte und kleine Unternehmen und Soforthilfen für arme Familien.

Wir fordern:

- einen gesetzlichen Preisstopp für jede Form von Energie für private Haushalte und kleine Unternehmen. Das umfasst Strom-, Gas-, Öl- und Benzinpreise.
- Strom- und Gassperren müssen verboten werden und Haushalte mit Bezug von Sozialleistungen einen Energiezuschlag erhalten.
- Die Energieversorgung gehört in öffentliche Hand.
- Ja zur Millionärssteuer, nein zur unsozialen CO₂-Steuer.
- Eine Subventionierung der Energiekonzerne ist umfassend (auch durch Steuerreduzierungen) abzulehnen.
- Rabatte für industrielle Großverbraucher werden eingestellt.

www.energiepreisstopp-jetzt.de/



UZShop
Antiquariat

Hunderte antiquarischer Bücher, täglich aktualisiert

Schaut mal rein:
shop.unsere-zeit.de/antiquariat/

ANZEIGEN

grh Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.

10243 Berlin, Franz-Mehring-Platz 1 * Tel. / Fax: (030) 29 78 42 25
E-Mail: info@grh-ev.org * Internet: www.grh-ev.org
Öffnungszeiten der Geschäftsstelle: Dienstag und Donnerstag jeweils 9:00 bis 14:00 Uhr

50 Jahre Berufsverbote in der Bundesrepublik Deutschland - 50 Jahre Verletzung elementarer Menschenrechte.

Nach dem Grundgesetz der BRD ist Diskriminierung im Beruf wegen politischer Anschauungen verboten. Spätestens seit dem Radikalenerlass 1972 aber politische Praxis. Seit der Annexion der DDR finden Berufsverbote auch in Ostdeutschland massenhaft Anwendung. Bis heute werden Menschen wegen ihrer Verbundenheit und Treue zur sozialistischen DDR ausgegrenzt, verunglimpft und mit beruflichen Nachteilen belegt.

Wir fordern Achtung von Menschenrechten im eigenen Land statt sich als Zuchtmeister anderer Staaten aufzuspielen. Wir fordern friedliche und menschliche Verhältnisse statt Sozialabbau, Kriegsrhetorik und Aufrüstung.

Spendenkonto: Berliner Volksbank IBAN: DE 53 1009 0000 5788 9000 09

Unsere Stärke ist unsere Solidarität!

Ich wollte
frei sein!

Alexandra
Kollontai 150

Das nicht zuletzt die Männer der Aufklärung bedürfen«. Das war der klare Standpunkt einer mutigen und unnachgiebigen Streiterin für die Rechte der Frauen. Am 19. März 1872 wurde Alexandra Kollontai im zaristischen Russland als Tochter eines russischen Generals und einer finnischen Mutter in St. Petersburg geboren.

Im Jahr 1898 verließ sie ihre Familie und immatrikulierte sich an der Universität Zürich für die Fächer Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. »Ich wollte frei sein – wirklich frei«, kommentierte sie den für eine Frau im 19. Jahrhundert immer noch sehr ungewöhnlichen Schritt.

In der Schweiz engagierte sie sich für eine sozialistische Weltbewegung und forderte die längst überfällige Gleichberechtigung der Geschlechter. Mit ihren Veröffentlichungen legte sie sich mit der konservativen Schweizer Regierung an – ihr drohte Gefängnis. 1908 ging sie ins Exil.

Am 27. August 1910 sprach sich Alexandra Kollontai mit Clara Zetkin und May Wood Simons auf der II. Internationalen Konferenz Sozialistischer Frauen in Kopenhagen für die Einführung eines Internationalen Frauentags aus.

Die Entfesselung des Weltkriegs erlebte Alexandra Kollontai in Deutschland. Sie wurde als feindliche Ausländerin in Berlin interniert, konnte aber durch Vermittlung von Karl Liebknecht nach Dänemark gelangen. Dort war sie Verbindungsglied zwischen Lenin in Zürich und den Revolutionären in Russland.

Im Februar 1917 kehrte sie nach Russland zurück und schloss sich den Bolschewiki an. Nach der Oktoberrevolution berief sie Lenin in den Rat der Volkskommissare, wo sie zuständig für Volksfürsorge war. Sie war somit die erste Ministerin der Welt. Der US-amerikanische Botschafter in Russland bemerkte dazu: »Eine Frau als Ministerin – einfach widerlich«.

Den 1918 mit Deutschland ausgehandelten Friedensvertrag von Brest-Litowsk lehnte sie ab und legte ihr Amt nieder. In ihren Schriften entlarvte sie die bürgerliche Ehe als Degradierung der Frau und trat für neue Formen des Zusammenlebens der Geschlechter auf gleichberechtigter Basis und für eine selbstbestimmte Sexualität der Frauen ein.

Ab 1923 war Alexandra Kollontai Gesandte der Sowjetunion in Norwegen, später in Mexiko. Im Jahr 1943 wurde ihr als erster Frau der Welt der Botschaftertitel verliehen. Bis 1945 war sie Botschafterin in Schweden.

Nach Ende des Krieges verabschiedete sich Alexandra Kollontai in den Ruhestand, blieb aber offiziell bis zu ihrem Tod kurz vor ihrem 80. Geburtstag im März 1952 Beraterin des sowjetischen Außenministeriums. (ilo)

Am Ende ihrer Kräfte

Zusatzaufgaben bei gleichbleibendem Personalbestand: GEW Berlin kritisiert Pandemiemanagement des Senats für Kindergärten und fordert einen runden Tisch

Von
Susanne Knütter

Seit dem 7. Februar sollen Kinder und Beschäftigte in Kitas nicht mehr in Quarantäne geschickt werden, wenn sie Kontaktperson einer mit dem Coronavirus infizierten Person waren. Es reicht, wenn sie an fünf aufeinander folgenden Tagen negative Tests vorweisen können. Das ganze nennt sich »Test-To-Stay-Strategie« – und lässt die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) protestieren. Die Beschäftigten seien mit dem neuen Verfahren abermals überrumpelt worden und fühlten sich im Stich gelassen, heißt es in der letzten Presseerklärung, die die Gewerkschaft am 3. Februar zu dem Thema herausgegeben hat. Ob die Kinder in die Kita gehen oder nicht, könnten die Eltern abwägen – »die Erzieher und Erzieherinnen hingegen nicht. Sie müssen weiterarbeiten«.

Das bedeutet einen großen Aufwand für die Kontrolle der zu Hause durchgeführten Tests, die auch bei Kindern, die keinen Kontakt zu Infizierten hatten, dreimal wöchentlich vorgenommen werden müssen. Weil Eltern den Kindergarten nicht mehr betreten dürfen, um z. B. ihren Nachwuchs umzuziehen, kommt für die Erzieher und Erzieherinnen eine weitere Aufgabe hinzu. Das ist nicht nur eine Mehrbelastung, sondern raubt auch Zeit für die pädagogische

Betreuung der Kinder. Dabei sei die Wirkung dieser Maßnahme »ohnehin gering«, heißt es in der GEW-Erklärung. Denn über die Kinder hat das Personal auch indirekt Kontakt zu den Familien.

Auch die Verteilung der vom Senat bereitgestellten Coronatests müssen die Kindertagesstätten selbst erledigen. Die Pandemiebewältigung des Senats verursacht im Wesentlichen ständig weitere Aufgaben und zusätzliche Bürokratie. Deshalb hatte die Gewerkschaft bereits zuvor Alarm geschlagen und vor einem »Kollaps des Systems« gewarnt. Die Beschäftigten seien am Ende ihrer Kräfte. Die Gewerkschaft stellt nun fest: Entweder der Gesundheitsschutz der Kolleginnen und Kollegen sowie der Familien stehe im Vordergrund »oder es wird in Kauf genommen, dass sich früher oder später alle Menschen mit dem Coronavirus infizieren werden«.

Zunächst einmal sollte mit der neuen Regelung die Gefahr von Kitaschließungen aufgrund von zu vielen Quarantänefällen reduziert werden. Zugleich kann das Vorgehen aber als Eingeständnis gewertet werden, dass sich mit der Omikronvariante des Virus das Blatt gewendet hat. Der internationale Vergleich und die Situation in den Krankenhäusern hierzulande bestätigen, dass Omikron zwar ansteckender ist, aber vergleichsweise milder verläuft. Und inzwischen sind die Infektionszahlen in Berlin bereits wieder rückläufig.

Stünde allerdings der Gesund-

heitsschutz wirklich an erster Stelle, würden wohl gesamtgesellschaftlich auch noch andere Maßnahmen ergriffen werden. Nach zwei Jahren Pandemie gibt es genügend Erkenntnisse über die Auswirkungen von Lockdowns. Kinderärzte warnen bereits im Spätsommer letzten Jahres vor psychischen Störungen, Adipositas und Spielsucht von Kindern und Jugendlichen. Die Schäden durch Kita- und Schulschließungen seien dramatischer als die Folgen der Infektion selbst.

Was nun die GEW Berlin zur Besserung der Situation fordert, ist nicht einmal viel und blieb dennoch bislang ungehört. Sie verlangt einen runden Tisch mit allen Beteiligten, die Anmietung zusätzlicher Räume für kleine Kitas durch die Bezirke, Entlastung bei den Zusatzaufgaben wie dem Abfragen von Testergebnissen oder dem Verteilen der Hilfsmittel. Sie sieht die »Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und die Senatsverwaltung für Gesundheit in der Pflicht, unter Berücksichtigung aller möglichen gesundheitlichen Folgen und dem Anspruch, ein pädagogisch wertvolles Kitaangebot zu realisieren, klare Strukturen zu schaffen, Bürokratie zu reduzieren

und Regelungen zu finden, die nicht allein zu Lasten der Erzieherinnen und Erzieher gehen«. Dazu braucht es insbesondere mehr Personal. Zudem müssten die Löhne steigen, um zusätzliche Fachkräfte zu gewinnen.

All das wäre von großem Nutzen. Sogar die Wirtschaft könnte sich freuen. Wenngleich ihr die Arbeitsbedingungen in Kindergärten reichlich egal sind, beklagt sie doch seit Jahren den Mangel an Kitaplätzen. Da also weder Staat noch Wirtschaft bereit sein werden, in diesem Segment mehr Geld in die Hand zu nehmen, wird weiter alles so bleiben, wie es ist – zuzüglich der Zusatzaufgaben. Jedenfalls so lange, wie sich die GEW auf einen runden Tisch verlässt.

ANZEIGEN

Urlaub im Lotsenhaus
an der Ostsee

(14 km von Stralsund)
3 komfortable Fe.-Wo.

Erich und Michaela Bartels
Näheres: Tel. 03831 - 459 366

www.ferien-im-lotsenhaus.de

KAZ KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

Die aktuelle KAZ-Ausgabe 378 vom Februar 2022 ist unter www.kaz-online.de veröffentlicht und auch als Druckversion verfügbar. Titelseite:

**Der Kampf um die Straße
Versammlungsfreiheit -
Besichtigung eines Grundrechts
und weitere Artikel u.a.
Digitale Souveränität - Teil 3**

erscheint vierteljährlich
Einzelheft: 1,50 Euro
Jahresabo: 10,00 Euro
gruppeKAZ@kaz-online.de
www.kaz-online.de
Gruppe Kommunistische
Arbeiterzeitung (KAZ)
Postfach 120262
90109 Nürnberg



GRAFIK: THOMAS J. RICHTER

jw Shop



Jetzt
erhältlich!

Stefan Siegert

Karl Marx
geht um.

Dieses Buch führt in die Gedankenwelt des genialen Wissenschaftlers Karl Marx ein, wobei die wunderbaren Zeichnungen von Stefan Siegert nicht nur für ein hohes Maß an Anschaulichkeit sorgen, sondern auf spezifische Weise zum weiteren Studium anregen. Dargestellt werden aber auch die prekären Verhältnisse, unter denen Marx sein Werk in die Welt setzen musste.

Verlag 8. Mai GmbH, 164 Seiten, zahlr. Abbildungen, 19,90 Euro (zzgl. Versand)

Jetzt bestellen unter jungewelt-shop.de

in der Verlagsgruppe
junge Welt

Genossenschaft für die junge Welt

Wir brauchen Dich, Genossin, Genosse!

Die junge Welt erscheint im Verlag 8. Mai. Der Verlag gehört der Genossenschaft LPG junge Welt eG, die nicht zufällig am 7. Oktober 1995 gegründet wurde. Um die junge Welt zu stärken, suchen wir viele neue Genossenschaftsmitglieder.

Weitere Informationen zu Satzung
und Mitgliedschaft:

• jungewelt.de/genossenschaft
• 0 30/53 63 55-10
• lpg@jungewelt.de



Die Toten mahnen uns

Gedenken an Otto Grüneberg

Jedes Jahr am ersten Sonntag im Februar ehren Antifaschisten den von Faschisten ermordeten Berliner Jungkommunisten Otto Grüneberg. Grüneberg kam in der Nacht auf den 1. Februar 1931 von einer Sitzung der Internationalen Arbeiterhilfe, als er von Angehörigen des berüchtigten SA-Sturms 33 unter Beschuss genommen wurde. Schwer verletzt schleppte er sich noch in die Gaststätte Wäscher (heute: Kastanie) in der Schloßstraße in Charlottenburg, wo er kurz darauf verblutete, nur wenige Tage vor seinem 23. Geburtstag.

Im vergangenen Jahr wegen Corona abgesagt, fand heuer wieder eine gut besuchte Gedenkveranstaltung zu Ehren von Grüneberg statt, die alljährlich vom Kiezbündnis Klausener Platz organisiert wird. Etwa 75 Antifaschisten aller Altersgruppen kamen, um des früh verstorbenen Kommunisten zu gedenken. Zu den Rednern gehörte neben Kirstin Bauch (Bezirksbürgermeisterin, Grüne), Benedikt Hopmann (VVN-BdA), Hajo Funke (Politikwissenschaftler) auch André Kutschki von der Berliner DKP. Hopmann berichtete von den Versuchen, der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) durch Entzug der

Gemeinnützigkeit finanziell das Wasser abzugraben. Hajo Funke zog Parallelen zwischen der Strategie des Straßenterrors, die Joseph Goebbels Ende der 1920er Jahre ausgerufen hatte und der unter anderem Otto Grüneberg zum Opfer gefallen ist, und faschistischen Mordanschlägen in der heutigen Zeit. Ein Vertreter der Linkspartei erinnerte an die vielen, vor allem migrantischen Opfer faschistischer Gewalt und rief zur Schaffung einer migrantischen Antifa (Migrantifa) auf. André Kutschki sagte: »Die Toten mahnen uns, dass im antifaschistischen Kampf ein »Nie wieder!« auch »nie wieder!« heißt. Das

betrifft den Straßenterror wie den Staatsterror gleichermaßen.« Es gelte, einen Krieg gegen Russland und China, wie er in vielen als seriös geltenden Medien herbeigeredet wird, zu verhindern. Er erinnerte an die Worte des im vergangenen Jahr verstorbenen ehemaligen Rotarmisten und DDR-Mediziners Moritz Mebel: »Ich sage Ihnen als Jude und Deutscher: Nicht nur im Verhältnis unseres Landes zu Israel ist Demut angebracht. Auch und ebenso im Verhältnis zu den Russen und anderen Völkern der früheren Sowjetunion.« Es ist höchste Zeit, dass solche Worte in diesem Land auch Maßstab der Politik werden.

Facettenreich und mit großer Resonanz. Am zweiten Wochenende kam die DKP zu ihrem Jahresauftakt in Berlin zusammen. Genossinnen und Genossen aus dem ganzen Bundesgebiet waren zum jährlichen Luxemburg-Liebkecht-Wochenende angereist. Für Kommunistinnen und Kommunisten ist dieses Datum eines der wichtigsten des Jahres. Die Demonstration am 9. Januar zum Gedenken an die vor 103 Jahren von Freikorps ermordeten Kommunisten und Antimilitaristen Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht war vor allem eine Manifestation gegen Kapitalismus und Krieg.

Begonnen hatte das LL-Wochenende in diesem Jahr aber schon früher, bereits am Donnerstag hatte die DKP-Berlin gemeinsam mit der Peter-Hacks-Gesellschaft zu einer Filmvorführung im Roten Salon der Volksbühne geladen. Gezeigt wurde der Defa-Dokumentarfilm »Die alte neue Welt« von Annelie und Andrew Thorndike aus dem Jahr 1977. Am Samstag dann folgte ein historischer Stadtrundgang durch Berlin, während den ganzen Tag über die von der Tageszeitung *junge Welt* organisierte Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz lief. Aufgrund der Pandemiebestimmungen konnte sie in diesem Jahr erneut nur per Streaming im Internet verfolgt werden. Dennoch war die Zuschauerzahl größer denn.

Ebenfalls aufgrund der pandemischen Lage hielt die DKP ihre politische Jahresauftaktveranstaltung im Freien ab. Die Kommunisten hatten dazu aufgerufen, sich am Thälmanndenkmal an der Greifswalder Straße zu versammeln. Hundert Menschen kamen, darunter erfreulich viele junge Leute. Das Motto der Veranstaltung: »Gegen Krieg, das Abwälzen der Krisenlasten und Demokratieabbau«. Es sprachen Yvet Lopez, Botschaftsrätin bei der Botschaft der Republik Kuba in Berlin, Dmitri Nowikow, Stellvertretender Vorsitzender der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF), und Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP. Isabel Neuenfeldt bereicherte die Kundgebung mit ihren Liedern zum Akkordeon und stimmte am Ende »Die Internationale« an.

Jahresauftakt mit Thälmann

DKP kam am LL-Wochenende in Berlin zusammen



Isabel Neuenfeldt, Sängerin und Schauspielerin



Dmitri G. Nowikow, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF)



Fotos: DKP

DKP - Gruppen- termine



Friedrichshain-Kreuzberg

Termin: Jeden zweiten und vierten Dienstag im Monat
Kontakt über: fabienne.trotier@gmail.com

Lichtenberg/Marzahn-Hellersdorf

Termin: Jeden ersten Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551

Pankow

Termin: Jeden zweiten und vierten Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Schachcafé »En Passant« Schönhauser Allee 58, 10437 Berlin

Neukölln

Termin: Jeden ersten Donnerstag im Monat
Beginn: 18.30 Uhr
Ort: KommTreff, Jonasstraße 29, 12053 Berlin

Tempelhof-Schöneberg

Termin: Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat
Beginn: 20.00 Uhr
Ort: Café »Ess Eins«, Kolonnenstraße 56, 10827 Berlin

Treptow-Köpenick

Termin: Jeden letzten Dienstag im Monat
Beginn: 18.00 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551
Kontakt über: treptow-koepenick@dkp-berlin.info

Wedding

Termin: Jeden zweiten und vierten Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Linkstreff Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin

Betriebsaktiv »Gesundheit«

Termin: Jeden dritten Mittwoch im Monat
Beginn: 18.30 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551

Spandau

Kontakt über: dkp-spandau@gmx.de

ANZEIGE



6 Wochen kostenlos testen!
Digital & Print

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung der DKP

Kommunistische Standpunkte, marxistische Analysen – Woche für Woche.

www.unsere-zeit.de • www.uzshop.de
E-Mail: abo@unsere-zeit.de
Tel.: 0201 17788915 • Fax: 0201 17788928

Friedensbewegung **Ausstellung** **Sachbuch** **Ausstellung** **Gedichte**



Ostermarsch 2022

Garantien für die Sicherheit Russlands? Keine weitere NATO-Osterweiterung? Für die kalten Krieger der NATO sind diese Forderungen Russlands geradezu unerhört. In kernigen Reden behauptet NATO-Generalsekretär Stoltenberg, Russland bedrohe seine Nachbarn und müsse mit wirksamer Abschreckung gestoppt werden. Die neue deutsche Außenministerin stößt in das gleiche Horn und beschwört Einigkeit und Stärke der »Wertegemeinschaft« als bewährtes Mittel gegen Russlands angeblichen Expansionsdrang. Doch war es nicht die NATO, die bis an Russlands Westgrenze expandiert ist und nach und nach alle Gesprächskanäle bis hin zum NATO-Russland-Rat zubetoniert hat? Waren es nicht die USA, die nach und nach alle Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge aufgekündigt haben?

Nach Jahren der mahnenden Worte hat Russland nun die Reißleine gezogen und fordert Sicherheitsgarantien. Gemeinsame, unteilbare Sicherheit – nicht mehr und nicht weniger, vertraglich abgesichert durch völkerrechtliche Verträge – das ist Forderung und Angebot zugleich.

Das wird das Thema des diesjährigen Ostermarschs sein. Schluss mit Aufrüstung und Konfrontation! Sicherheit für Russland ist Sicherheit für uns, für ganz Europa. (ba)

● **Berliner Ostermarsch 2022: 16. April um 12 Uhr am Oranienplatz, Kreuzberg**

Marx museal

Marx als Gegenstand einer Ausstellung im offiziellen Deutschen Historischen Museum zu Berlin. Kann das gutgehen? Grundsätzlich gilt, dass das Schaffen eines Menschen, der beileibe nicht nur, aber vor allem Theoretiker war, schwer anschaulich zu machen ist. Dass Marx Stunde um Stunde, Tag für Tag, Jahr für Jahr unter größten Entbehrungen im Lesesaal der Bibliothek des British Museum zugebracht hat, kann die Präsentation seiner Lesesaalkarte und das Bild der Bibliothek allenfalls andeuten. Das Zentrum der Schau ist als Maschinenpark gestaltet: Dampf-, Näh- und Rechenmaschine und ein Webstuhl flankiert von Menzels Studien zu seinem »Eisenwalzwerk«. Die Ausstellung bleibt Fragment, denn als Marxens angeblicher historischer Gegenpart soll dann ab April im gleichen Haus Richard Wagner präsentiert werden. Auch das noch. (jr)

● **Karl Marx und der Kapitalismus. Deutsches Historisches Museum, Berlin. Bis 21. August. Das Katalogbuch (304 Seiten, 80 Abb.), kostet im Museum 25 Euro.**

Probleme des Wohnens

Die Studie ist gelungen. Auf der Grundlage der Schriften von Friedrich Engels zur Wohnungsfrage umreißt Andrej Holm seine »Politische Ökonomie des Wohnens« und diskutiert verschiedene Ansätze zu deren Lösung: also das Ende von Wohnungslosigkeit, teuren Mieten und dem Profitsystem im Bereich Wohnen insgesamt. Dazu hält Holm mit Engels den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung für unabdingbar, möchte die Wohnungsfrage aber dennoch nicht dem »Geschichtsoptimismus des frühen Marxismus« überlassen wissen, wonach sämtliche Probleme nach der sozialistischen Revolution wie »von selbst« verschwinden. Der Autor weiß um die Errungenschaften der DDR, weiß, dass dort bei allen Problemen Wuchermieten und Obdachlosigkeit nicht existierten, schiebt diese Erfahrungen jedoch als »ernüchternd« beiseite. Zur Lösung der Wohnungsfrage orientiert Holm statt dessen auf vier Konzepte: Genossenschaften, selbstorganisiertes Bauen und gemeinschaftliches Wohnen, eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit sowie einen kommunalen Wohnungsbau, bei dem Wohnraum als Teil der sozialen Infrastruktur begriffen wird. (cs)

● **Andrej Holm: Objekt der Rendite. Zur Wohnungsfrage und was Engels noch nicht wissen konnte., Karl Dietz Verlag, Berlin 2022, 216 S., 16 Euro**

»Es gibt keinen Gott«

Eine kleine überschaubare Ausstellung, gleichwohl unbedingt sehenswert. In der Kreuzberger Thomaskirche werden »antiklerikale und antireligiöse Plakate aus der Sowjetunion« gezeigt. Dabei wird deutlich, der bolschewistische Kampf gegen die Kirche ist ein Kampf gegen den Zarismus. Nicht erst die Revolutionäre hatten die Religion politisiert, sondern zuvor bereits die Kirchenspitze, eine jahrhundertealte Stütze der zaristischen Herrschaft, die im Bürgerkrieg die konterrevolutionären Weißen unterstützte. Es war ein langer Kampf der da geführt wurde und geführt werden musste, wenn sich der Sozialismus im ganzen Riesenland durchsetzen sollte. Auf einem der gezeigten Plakate – von Dmitri Moor mit dem Titel »Der Reigen« von 1924 – heißt es in der Unterschrift: »Je ignoranter die Leute sind, je schwächer die Vernunft ist, desto stärker der Glaube.« Da ist die Vernunft bereits gestärkt, das Alte hat begonnen, lächerlich zu werden. (kk)

● **»Boga njet!– Es gibt keinen Gott! Antiklerikale und antireligiöse Plakate aus der Sowjetunion«, Thomaskirche Berlin-Kreuzberg, noch bis 5.3.2022**

Lyrik des Alltags

Ein Sujet, das sonst kaum jemanden interessiert. »Splitter aus der Unterschicht«, so heißt nach seinem Erstlingswerk »Bordsteinlyrik« – selbst produziert, ohne Verlag und Druckerei – der neue Lyrikband von Eric Ahrens, der nun bei BHN Books (ein »independent publishing house for underground poetry and outsider literature«) erscheint. Ahrens arbeitet im legendären Friedrichshainer »Ladenkino« – Filmvideothek, Kleinkino und Kabarettbühne in einem. In seinem neuen Band versammelt er »Hartnäckige Gesprächsreste« und »Geschossene Momentaufnahmen«, Fetzen, die er im Berlin von unten aufschnappt. Einen Vorgeschmack liefert der 36-jährige aus Berlin-Lichtenberg Leserin und Leser bei Instagram und Facebook. Zum Beispiel dieses Gedicht: »U-Bahnhof Naturkundemuseum. / Die Bahn macht ihr Signal zum Losfahren. / Sie kommt angerannt. / Er hält ihr noch die Tür auf. / Er sagt: Schönen guten Tag die Fahrkarten, bitte. / Sie sagt: Fuck!« (cn)

● **Eric Ahrens: »Splitter aus der Unterschicht«. Lyrik, Deutsch, 184 Seiten. BHN Books. 12 Euro**

Der Berliner Anstoß braucht Ihre Unterstützung!

Damit wir auch weiterhin die Kosten für Druck und Verbreitung tragen und den Berliner Anstoß als wichtige linke Stimme in der Stadt etablieren können, sind wir auf Ihre Spende angewiesen! Bitte überweisen Sie einmalig oder regelmäßig einen Betrag Ihrer Wahl auf das unten genannte Konto. Es gibt aber noch weitere Möglichkeiten, wie Sie uns unterstützen können:

Möglichkeit A: Ja, ich unterstützte die regelmäßige Herausgabe des Berliner Anstoß mit einer

vierteljährlichen
 halbjährlichen
 jährlichen

Spende in Höhe von _____ Euro (mindestens 10 Euro.)
Hinweis: Diese Zusage kann jederzeit widerrufen werden, bereits eingezahlte Gelder werden aber nicht zurückbezahlt!

Möglichkeit B: Ja, ich unterstütze den Berliner Anstoß mit einer einmaligen Spende in Höhe von _____ Euro

Die Spende überweise ich auf das Konto der DKP Berlin (BIC: BELADEBE, IBAN: DE94 1005 0000 0043 4131 37) **Verwendungszweck: Anstoß**

Bitte schickt mir eine Spendenbescheinigung der DKP-Berlin zu (bei bis zu 200 Euro Spende im Jahr genügt dem Finanzamt der Überweisungsbeleg).

Möglichkeit C: Ich finde das Anstoß-Projekt interessant.

Bitte schickt mir die jeweils aktuelle Ausgabe gratis zu
 Ich hätte Interesse daran, am Berliner Anstoß redaktionell/organisatorisch mitzuarbeiten.
 Ich würde gerne beim Verteilen des Anstoß mit wirken.

Bitte schickt mir von jeder Ausgabe _____ Exemplare, die ich in _____ verteilen werde.

Name: _____
Adresse: _____
Email / Telefon: _____
 Weitere Hinweise: _____
Berlin, den _____
Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin